



Kraft-Wärme-Kopplung ist zum Erreichen der energiepolitischen Ziele unverzichtbar

Kraft-Wärme-Kopplung ist zum Erreichen der energiepolitischen Ziele unverzichtbar. Verbände fordern von Politik Änderungen der Rahmenbedingungen. Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme, ist zum Erreichen der energiepolitischen Ziele unverzichtbar. Damit das mit der KWK verbundene Potential auch genutzt werden kann und KWK im Energiemarkt der Zukunft eine Chance hat, ist es jedoch notwendig, dass die Politik nach den Bundestagswahlen im September zügig Änderungen bei den energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen vornimmt. Das erklärten der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) und der AGFW zur heutigen Veröffentlichung einer KWK-Studie, die die Prognos AG im Auftrag der Verbände erstellt hat. Ein Ergebnis der Studie ist, dass der Einsatz von KWK bis zu 25 Prozent der für das Jahr 2050 prognostizierten gesamten CO₂-Emissionen in Deutschland einsparen kann. Darüber hinaus ist in der Studie langfristig ein erhebliches Potential zur Strom- und Wärmeerzeugung durch KWK-Anlagen ermittelt worden. "In einem zunehmend von fluktuierenden Erneuerbaren Energien geprägten System kann die KWK einen wichtigen Beitrag zu einer zukünftig sicheren und bedarfsgerechten Energieversorgung leisten. Um die stark schwankenden Erneuerbaren Energien an die Stromnachfrage anzupassen, können Power-to-Heat-Anlagen neben Wärmespeichern die KWK sinnvoll ergänzen", betonten beide Verbände. Laut der Studie kann der Anteil der KWK an der steuerbaren Stromerzeugung im Jahr 2050 bei rund 63 Prozent liegen; derzeit beträgt ihr Anteil rund 19 Prozent. Der Anteil von umweltschonendem Erdgas als Brennstoff in KWK-Anlagen könne von heute rund 50 Prozent auf rund 75 Prozent in 2050 steigen. Mikro- und Mini-KWK-Anlagen könnten einen Anteil von bis zu zehn Prozent am Heizungsmarkt erreichen. Um diese Möglichkeiten auch im Sinne der Energiewende nutzen zu können, bestehe jedoch Handlungsbedarf. Nach Ansicht von BDEW und AGFW muss der energiewirtschaftliche Rahmen in mehreren Punkten angepasst werden. Nur ein funktionierender Emissionshandel würde den Betrieb von KWK-Anlagen fördern und den Ausbau unterstützen. Im bestehenden KWK-Gesetz müssten die Zuschläge und die Systematik überprüft werden, da die Prognosen des "KWK-Monitorings" der Bundesregierung aus dem Jahr 2011, auf deren Grundlage die Novelle des KWK-Gesetzes durchgeführt wurde, nicht eingetroffen seien. Zudem sollte die Förderhöhe für Wärme- und Kältenetze sowie für Wärme- und Kältspeicher überprüft werden. Diese Instrumente seien ein wichtiger Baustein für den Betrieb von KWK-Systemen. "Wichtig bei jedweder Neu- oder Umgestaltung der Rahmenbedingungen ist jedoch, dass stets auch auf die Sicherung der bestehenden KWK-Anlagen geachtet wird", unterstrichen BDEW und AGFW.

Pressekontakt

Verband der Elektrizitätswirtschaft (BDEW)

10115 Berlin

strom.de
presse@bdew.de

Firmenkontakt

Verband der Elektrizitätswirtschaft (BDEW)

10115 Berlin

strom.de
presse@bdew.de

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage